

PLENUM AKTUELL

15. – 17. September 09

Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Regierungserklärung Kultusministerin

CDU/FDP:

Kultusministerin Henzler wollte in der ersten Plenarsitzung nach den Sommerferien mit einer Regierungserklärung zum „Thema Schule“ ihre Bildungspolitik positiv darstellen.

Ihr Hinweis auf eine 100%ige Lehrerzuweisung und Zufriedenheit in den Schulen fand wenig Anklang, zumal die Praktiker vor Ort die Schulsituation ganz anders beurteilen.

Mit keinem Wort ging Henzler auf die widersprüchlichen Erklärungen der Landesregierung zum Thema „Schulsozialarbeit“ ein.

SPD:

Nach den Sommerferien fanden wir mit Schulbeginn in vielen Schulen Notstundenpläne vor. Bis zuletzt war den Schulen nicht klar, wie viele Lehrerstunden zugewiesen und welche Lehraufträge genehmigt werden. Die wiederholt versprochene 105%-ige Lehrerzuweisung blieb erwartungsgemäß aus, und die Ministerin musste im Kulturpolitischen Ausschuss auf Anfrage zugeben, dass sie die im Wahlkampf versprochene 105%-ige Lehrerzuweisung erst mit Ablauf der Legislaturperiode, also in 2014, erreichen wolle!!!

Darüber hinaus hat die erstmals durchgeführte „zentralistische Lehrerzuweisung“ aus dem Kultusministerium gerade bei kleineren Schulen und damit im ländlichen Raum zu massiven Problemen geführt. Mit diesem Schritt hat man klammheimlich die Schulämter entmachtet und konnte Kritik vor Ort „klein“ halten, weil die Ansprechpartner und Verantwortlichen im entfernten Wiesbaden nicht greifbar waren.

Rein nach der Rechenschieber-Methode wurden beispielsweise an kleinen Grundschulen mit Kombiklassen von Wiesbaden aus massiv Lehrerstunden gekürzt, so dass die Unterrichtsqualität und die Vorbereitung auf weiterführende Schulen in Frage gestellt sind. Von den Schulämtern waren diesen Schulen bisher zumindest noch einige wenige Lehrerstunden zur Verfügung gestellt worden, so dass Kombiklassen im 3. und 4. Schuljahr z.B. für die Hauptfächer getrennt unterrichtet werden konnten.

Wortbruch bei der Schulsozialarbeit

Die Aussage der FDP-Kultusministerin, dass sich das Land an der Schulsozialarbeit nicht weiter beteiligen wolle, ist verantwortungslos und zeigt, dass die Landesregierung bis heute die Bedeutung der Schulsozialarbeit nicht verstanden hat. Dies ist ein klarer **Wortbruch**, denn bisher hatte die Landesregierung stets versprochen, sich mit einem Drittel an den Kosten der Schulsozialarbeit zu beteiligen. Dieser bildungspolitische Skandal hat bei Schulen und Lehrern Fassungslosigkeit ausgelöst. Man verwehrt Kindern und Eltern die versprochene Unterstützung in schwierigen Lebensphasen und nimmt eine falsche Entwicklung der Heranwachsenden billigend in Kauf. Dies ist ein unglaubliches Vorgehen auf dem Rücken der Kinder und verhindert das flächendeckende Angebot der wichtigen Schulsozialarbeit. Daher hat die SPD-Landtagsfraktion aktuell einen Antrag in den Hessischen Landtag eingebracht, worin die versprochene Mitfinanzierung durch das Land eingefordert wird.

Ruinöser Ausschreibungswettbewerb beim ÖPNV-Gesetz

CDU/FDP:

Obwohl Gutachten belegen, dass durch die Politik von CDU und FDP in Hessen viele mittelständische Unternehmen vom Markt verschwunden sind und Arbeitsplätze vernichtet wurden, wollen CDU/FDP den ruinösen Ausschreibungswettbewerb fortsetzen.

SPD:

Wir setzen auf einen kundenfreundlichen ÖPNV, bei dem nicht die billigsten Anbieter zum Zuge kommen, sondern diejenigen, die auf gute Qualität setzen. Wir wollen keinen ruinösen Wettbewerb, der auf Kosten der Sicherheit geht, wie die Turbulenzen um die Berliner S-Bahn gezeigt haben. Wir wollen, dass weiterhin bewährte Anbieter einen guten ÖPNV anbieten können und auch die Versorgung im ländlichen Raum gewährleistet ist.

Wortbruch beim Nachtflugverbot – Ausbau Frankfurter Flughafen



Die Nachtruhe von 23 bis 5 Uhr war ein gemeinsames Versprechen von CDU, FDP und SPD an die Region. Seit dem Mediationsergebnis war klar, dass der Frankfurter Flughafen nur dann ausgebaut werden kann, wenn damit ein Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr einhergeht. Die SPD-Fraktion im Landtag hat am Freitag in Wiesbaden eine umfangreiche Dokumentation vorgelegt, in der die jahrelang von Vertretern der CDU und FDP gemachten Aussagen

zur Verknüpfung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens mit dem angestrebten Nachtflugverbot zitiert werden. CDU und FDP haben sich scheinbar von einem glasklaren und unmissverständlichen Versprechen verabschiedet. Wenn die Landesregierung nun in Revision geht, bekommt das Vorgehen eine neue Qualität, denn dann wird die Landesregierung aktiv, um das Nachtflugverbot zu verhindern. Damit wird der Wortbruch auf die Spitze getrieben.

Schwarz-Gelb schafft beim Haushalt neuen Negativrekord

CDU/FDP:

Der Haushaltsentwurf der CDU / FDP Landesregierung sieht für das Jahr 2010 ein unglaubliches Defizit von 3,4 Milliarden Euro vor. Koch und Weimar versuchen zu suggerieren, dass die aktuelle Wirtschaftskrise an diesem Defizit Schuld sei.

SPD:

Dieses Rekorddefizit ist allein das Ergebnis jahrelanger Misswirtschaft und Ausgabenwut der Koch-Regierungen. Wer in guten Zeiten nicht spart, hat es eben schwer in der Not. Es rächt sich nun, dass die Landesregierung ihre Haushalte ständig am Rande des Abgrundes manövrierte. Weimar hat Hessen fiskalpolitisch in das Schlamassel geführt und weiß keinen Weg heraus - außer Schuldenmachen. Völlige Verantwortungslosigkeit markiert diese schwarz-gelbe Finanzpolitik unter der auch noch zukünftige Generationen leiden werden.

Verkauf von Opel und Hahns Wankelmut

Wir sehen in der Entscheidung des GM-Verwaltungsrats für den Verkauf von Opel den entscheidenden Durchbruch. Ohne den unermüdlichen Einsatz von Frank Walter Steinmeier sowie des Opel-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Klaus Franz und der IG Metall wäre dies nicht gelungen. Die Haltung der FDP und speziell von Justizminister Jörg-Uwe Hahn ist nicht nachvollziehbar. Zwei Tage vor den entscheidenden Gesprächen über den Teilverkauf von Opel an Magna ist Hahn aufgetreten nach dem Motto: „Magna-Festlegung war falsch und der ganze Weg war falsch“. Damit ist er nicht nur seinem Koalitionspartner Koch in den Rücken gefallen, sondern die FDP in Bund und Land hat mit ihrem Störfeuer eine Rettung von Opel erschwert. Wenn die FDP hätte entscheiden können, wäre Opel heute insolvent.